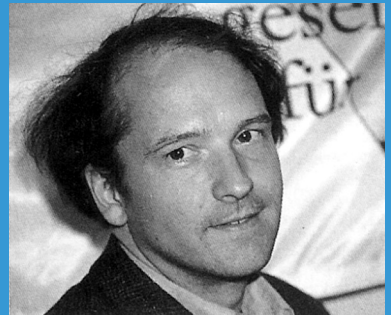


Europäische Menschenrechtspolitik gegenüber China

ein Vortrag von

Ulrich Delius

Asienreferent der Gesellschaft
für bedrohte Völker



Dienstag

09.02.2010

18:15 Uhr

Uni Regensburg
H 3

www.JUNGESEUROPA.de

Für ihre freundliche Unterstützung danken wir:



Europäische Menschenrechtspolitik gegenüber China

China verstößt immer wieder gegen die **UN-Konventionen der Bürgerrechte**, obwohl sie diese unterzeichnet hat. Erst im Dezember 2009 **schockierte China** die Öffentlichkeit mit zwei neuen Fällen: Der Menschenrechtskämpfer Liu Xiaobo wurde im Schnellprozess zu elf Jahren Haft verurteilt, weil er zum Umsturz der Staatsgewalt angestachelt haben soll. Kurz darauf wurde die Todesstrafe gegen den psychisch kranken Briten Akmal Shaikh wegen angeblichen Heroinschmuggels vollstreckt. Weltweit kritisierten die Regierungen dieses Vorgehen nur und zeigten sich „**tief besorgt**“, ließen aber keine konkreten Taten folgen, ja vermieden es sogar, China nur mit Konsequenzen zu drohen.

Die **Menschenrechte** sind nach Ansicht der Europäischen Union und Deutschland allgemeingültig und unteilbar. Aus diesem Grund setzen sie sich sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch in ihren Außenbeziehungen aktiv für ihre Förderung und Verteidigung ein. Dabei stehen ihnen z.B. die Handels- und Entwicklungspolitik oder die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte zur Verfügung. Allerdings hüten sie sich davor, sich in die **inneren Angelegenheiten eines Staats** einzumischen. Deswegen liegt der Schwerpunkt der Menschenrechtspolitik auch nicht auf Sanktionen, sondern auf positiven Maßnahmen, allen voran der **politische Dialog**. Aber ist das der richtige Weg? Reicht der **bloße Dialog**?

In Anbetracht der wachsenden Bedeutung Chinas schreckt man vor Boykott und Eindämmung der Volksrepublik zurück, um vor allem die eigenen **Wirtschaftsbeziehungen** nicht zu gefährden. Aber bedeutet dieses Schweigen gegenüber Menschenrechtsverletzungen nicht eine **Kapitulation vor politischer und wirtschaftlicher Macht**? Ist die Menschenrechtspolitik der EU und Deutschlands somit mehr Schein als Sein?

Ulrich Delius:

Ulrich Delius engagierte sich bereits mit 16 Jahren ehrenamtlich in der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen. Nach Abschluss des Jurastudiums wurde er dort hauptamtlich tätig und ist nun bereits seit 23 Jahren für zahlreiche Kampagnen und Publikationen verantwortlich.

Die internationale, ideologisch und parteipolitisch unabhängige Menschenrechtsorganisation GfbV setzt sich für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten ein. Bei den Vereinten Nationen hat die GfbV Beraterstatus im Wirtschafts- und Sozialrat, beim Europarat mitwirkenden Status. Die GfbV mit Sitz in Göttingen wurde 1970 gegründet, ist mittlerweile auch in Österreich, der Schweiz, Südtirol/ Italien, Luxemburg, Bosnien-Herzegowina und Chile vertreten und hat Repräsentanten in London und New York. Ein GfbV-Büro in Irakisch-Kurdistan ist im Aufbau. Sie alle sind in der GfbV International mit Sitz in Luxemburg zusammengeschlossen.